Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 16-17

Artikel: Brauchtum in der UdSSR

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076766

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

BRAUCHTUM IN DER UDSSR

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken präsentiert sich offiziell als eine Vereinigung von souveränen Republiken. Grundlage dieses Zusammenschlusses sind dabei, immer nach der offiziellen Version, die verschiedenen Völkerschaften oder Nationalitäten. Die «freie Entfaltung der nationalen Minderheiten und ethnischen Gruppen» wurde bereits in der sowjetrussischen Verfassung von 1918 gewährleistet und im Prinzip seither immer hochgehalten. Den politischen Rahmen dazu gibt die heutige Struktur der UdSSR mit ihren 15 Republiken, innerhalb derer wiederum einige Nationalitäten oder Minderheiten einen autonomen Status haben. Das kommt in der weiteren Einteilung zum Vorschein: 20 autonome Republiken, 9 autonome Gebiete und 10 Nationalkreise.

Diese Autonomie auf völkischer (ethnischer) Grundlage wird sogar von der kommunistischen Staatslehre immer wieder gegen eine Föderation «kapitalistischen Typs» ausgespielt, was etwa unser schweizerischer Bundesstaat wäre, den übrigens die sowjetische Theorie immer wieder als Exempel zitiert. Die Meinung ist dann die, dass unsere Kantone nur geographische Glieder darstellten, welche den «imperialistisch-bourgeoisen Einheitsstaat» tarnten (u. a. S. M. Rawin: «Das Prinzip des Föderalismus im sowjetischen Staat», Leningrader Universitätsverlag, 1961).

Kasachische Amazone. Die Kasachen mit ihrer mongolischen Hirtenkultur werden von der systematischen Russifizierung des Landes immer mehr zurückgedrängt.

Die Wünschbarkeit einer nach Volksgruppen geordneten Struktur für die Sowjetunion braucht gar nicht bestritten zu werden. Es genügt zu wissen, dass sie der zentralisitschen Lenkung gegenüber völlig belanglos ist. Lenin unterstützte den Grundsatz: «Autonomie auf Staatsebene, strenge Zentralisierung auf Parteiebene.» Da der Führungsanspruch der Partei in Staat und Gesellschaft schon verfassungsmässig gegeben ist und in der Praxis unumschränkt durchgeführt wird, ist das zentralistische Prinzip schon evident. Dazu kommt das Prinzip des «demokratischen Zentralismus» (Untersuchung und Begriffe KB Nr. 28, 1961), das die Republiken und autonomen Einheiten ebenfalls Moskau unterwirft, ferner die gesetzgeberische Abhängigkeit, da für jede Legislation auf jeder Ebene die «Grundsätze» des Zentralkomitees der KPdSU massgeblich sind.

Was politisch gilt, hat für die Wirtschaft mit ihrem zentral gelenkten Planapparat erft recht Geltung. Dabei ist noch zu bemerken, dass die neue Entwicklung, wie sie sich etwa in der letzten Reorganisation der Landwirtschaft diesen Frühling kundtut, und wie sie am Parteikongress des letzten Herbstes umrissen wurde, eindeutig auf verstärkten Zentralismus hinausgeht. Die «Dezentralisierungen» in der Industrie etwa, die Chruschtschew vorgenommen hat, sind dagegen regionaler und administrativer Natur und weisen somit alle Anzeichen auf, die nach sowjetischer Darstellung selbst einen unechten Föderalismus bedeuten.

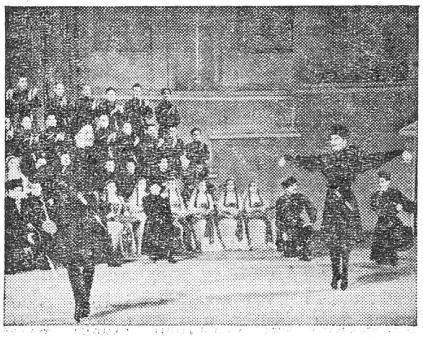
Aehnliches gilt von der Verwaltungsstruktur, die einer echten Selbständigkeit überhaupt keinen Raum lässt.

Wo kann sich dann die «Autonomie» der Republiken, respektive der autonomen Völkerschaften überhaupt noch ausdrükken? In der Kultur und im Brauchtum. In dieser Beziehung werden denn auch die nationalen Eigenschaften der vielen in der Sowjetunion einbeschlossenen Völker noch einigermassen geachtet. Neben der russischen Staatssprache ist der freie Sprachgebrauch für die einzelnen Nationalitäten konstitutionell gewährleistet. Zwar macht die «Russifizierung» schon aus den wirtschaftlichen Tendenzen heraus ununterbrochene Fortschritte und wird vom System natürlich nicht gehindert, aber die Rolle der Minderheiten als Sprach- und Kulturträger wird kaum direkt unterdrückt. «Chauvinismus» und «Lokalpatriotismus» werden wohl als politische Gefahr verfolgt, wenn sie sich inhaltlich gegen die Union richten, jedoch geduldet, wenn es um rein formale Belange geht. Inhaltlich hat die Kultur dem «Aufbau des Sozialismus» und dem «Fortschritt» zu dienen, der Ueberlieferung entsprechen. Die stalinistische Gleichschaltung, welche auch die Form auf ein kommunistisches Unionsmass normen wollte, ist einer liberaleren

In den einzelnen Unionsteilen werden die alten Nationaltänze nicht mehr geduldet, sondern gepflegt.

Oben: Der weltberühmte ukrainische «Gopak» enthält ein reiches Sprungrepertoire für den männlichen Solotänzer.

Unten: Der georgische Dolchtanz «Chendschluri». die traditionellen kaukasischen Tänze gehören auch in Moskau zum regulären Theaterprogramm.



In einem kurdischen Dorf Georgiens liest ein junger Viehzüchter aus der Zeitung vor, die in der kurdischen Minderheitssprache gehalten ist.

Einstellung gewichen. Chruschtschew erwartet von der georgischen Theatertradition oder von den innerasiatischen Volkstänzen ebensowenig einen nationalistischen Umsturz, wie wir vom Trachtenfest. Mit etwas Uebertreibung kann vielleicht angenommen werden, dass die spezifische Kultur der Nationalitäten auf die Ebene des Pittoresken verwiesen wurde, der kostümierten Tradition, des lebendigen Museums und der Touristenattraktion.

Lettisches Mädchen in der Nationaltracht mit dem traditionellen Kopfschmuck, wie es auf der Volksbühne «Saulgrieji» in Riga zu sehen ist.

So erscheint heute die kulturelle Selbständigkeit der einzelnen Völker weitgehend entschärft und bedeutet kaum eine politische Gefahr. Von hier aus versteht man auch, weshalb das Regime die vielfältigen Formen der überlieferten Kulturen wiederum als Reichtum zu empfinden beginnt. Dazu kommt noch der Nutzen, der sich propagandistisch aus diesem «föderativen Beweismaterial» ergibt. Während die Sprachgruppen mehr oder weniger von selbst allmählich absterben, erfährt eine bestimmte Ueberlieferung heute sogar ausgesprochene Förderung: das Brauchtum. Kostümierte Spiele, Trachten, Theater- und Musikaufführungen von regionalem Charakter haben ihren Wirkungsradius erheblich verlängert. Die Instrumentierung eines innerasiatischen Orchesters wird vom Moskauer Publikum goutiert. Kaukasische Tänze, schon zur Zarenzeit populär, haben heute professionelle Virtuosität erlangt und sind eine internationale Attraktion. Das heimische Brauchtum, sofern es sich nicht (wie etwa das religiös verbundene) gegen den Kommunismus verstösst, wird nicht nur geduldet, sondern in Ehren gehalten. Offensichtlich in der Meinung, es sei hübsch und schade nichts.

Dem Angehörigen der Minderheit, der dieser systematischen Zentralisierung unterworfen wird, erscheint so die staatliche Förderung als Trost und Kompensation. Damit wird die Folklore in der UdSSR zum Opium für das Volk und ersetzt als «Beruhigungsmittel» jene Funktion, die Marx zu Unrecht der Religion zuschrieb. Was bleibt ist die Tatsache, dass die totalitäre Diktatur im Gegensatz zum demokratischen Staat das Opium benötigt und irgendwo finden muss, und sei es auch in der Folklore.

Partei

Ungarn

Vergleich mit Nazis

Die grosse Auseinandersetzung über die Fehler des «Personenkults», die in Ungarn einen weit grösseren Raum einnimmt als in den meisten anderen Ostblockstaaten, hat jetzt erst richtig begonnen.

So berichtete eine Provinzzeitung, bei einer kürzlich veranstalteten Versammlung seien die Teilnehmer von diesem Thema so gefangen gewesen, dass einige von ihnen sogar so weit gingen, einen Vergleich zwischen dem Kommunismus und dem Nazismus zu ziehen. Das Blatt beeilte sich zu versichern, diese «falschen und gefährlichen Ansichten» seien aber von den übrigen Teilnehmern nicht geteilt worden. Offensichtlich sind aber gegen die «Uebereifrigen» keinerlei Massnahmen eingeleitet worden, denn das Blatt «Csongrad Megyei Hirlop» schrieb:

«Die Vertreter der falschen Ansichten machten auch die Erfahrung, dass der Kampf gegen sie nicht fortgeführt wurde. Durch freundliche und überzeugende Worte wurden diese Leute dazu gebracht, einzusehen, dass sie die Sklaven schrecklicher Vermutungen und gefährlicher Ideen gewesen sind.»

Dies ist aber nicht die einzige «falsche Vorstellung», die sich im Lande gezeigt hat. So berichtete das gleiche Blatt, anlässlich einer Diskussion auf einem Kollektivgut sei die Meinung vertreten worden, «man hätte die freie Landwirtschaft vielleicht doch fortbestehen lassen sollen».

Selbst innerhalb der Partei hätten sich diese falschen Vorstellungen ausgebreitet. «Zum Beispiel», schrieb «Csongrad Megyei Hirlap», «behaupteten in dem Dorf Kiszombor sogar die Leiter des Seminars, der Personenkult sei in den sozialistischen Ländern durchaus gesetzlich.»

Dies zeige, meinte das Blatt, wie nötig es sei, bei der Vorbereitung der Propagandisten auf ihre Arbeit grössere Sorgfalt zu verwenden.

Diese Beispiele machen die Behauptung des Blattes, der 22. Parteikongress habe auf die öffentliche Meinung Ungarns eine «belebende und befreiende Wirkung» ausgeübt, die Besucherzahl bei Parteiveranstaltungen sei gestiegen und die Diskussionen seien lebhafter geworden, glaubhaft.

Das Blatt stellte mit einer gewissen Befriedigung fest, es gäbe kein wichtiges ideologisches, politisches oder wirtschaftliches Problem mehr, das nicht im Lichte der lokalen Verhältnisse besprochen würde: «So kamen die Leute im Bezirk der Landwirtschaft und der Zweckmässigkeit der Verwendung bestimmter Weizensorten zu dem Schluss, dass die Arbeit der Bäcker viel zu wünschen übrig lasse und die Qualität des Brotes sehr schlecht sei.»

«Csongrad Megyei Hirlap» schrieb weiter, in den Diskussionen werde mit Kritik nicht hinter dem Berg gehalten und die «Verstösse gegen die kollektive Führung und die Demokratie im sozialen oder staatlichen Bereich» würden erbarmungslos verurteilt. Die Leute, so behauptet das Blatt, übten jetzt «furchtlos» Kritik und fügte hinzu: «Damit gehört die Zeit, in der man mit Vergeltungsmassnahmen rechnen musste, wenn man falsche Ansichten oder kritische Bemerkungen öffentlich äusserte, der Vergangenheit an.»

Von RFE wird dazu gesagt, dass es natürlich noch keine wirkliche freie Meinungsäusserung in Ungarn gibt. Die Möglichkeiten, Kritik an der offiziellen Politik zu üben, seien aber zweifellos grösser, als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt seit der Volkserhebung des Jahres 1956 und die Bevölkerung scheine das beträchtlich auszunützen.

Sicherlich hörten die Ungarn gerne, was der Erste Stellvertreter des Staatsanwaltes kürzlich sagte. Das offizielle Organ der ungarischen KP, «Nepszabadsag», veröffentlichte seine Ausführungen: «Jeder, der ein reines Gewissen hat, kann nachts beruhigt schlafen. Und wenn es in den frühen Morgenstunden klingelt, kann er ziemlich sicher sein, dass es der Zeitungsjunge oder der Milchmann ist.»

Die letzten Mitglieder einer Gruppe ungarischer Geophysiker, die auf Ersuchen der Pekinger Regierung in China tätig waren, sind in ihre Heimat zurückgekehrt. Das berichete Radio Budapest gestern (Sonntag).

In dem Bericht wurde mitgeteilt, dass die ungarische Regierung Peking eine Gruppe von 45 Geophysikern zur Verfügung gestellt habe, «um China bei der Erschliessung seiner Bodenschätze zu helfen». Die Mehrzahl der Fachleute sei bereits schon früher zurückgekehrt und diejenigen, die erst jetzt gekommen seien, wären noch als Berater tätig gewesen. Wörtlich hiess es in der Sendung: «Sie haben ihre vertraglichen Verpflichtungen nunmehr erfüllt.»

Die kürzlich gegründete albanisch-chinesische Schiffahrtsgesellschaft hat jetzt den regelmässigen Dienst aufgenommen, berichtete Radio Tirana. Im grössten Hafen Albaniens, Durazzo, hat die Gesellschaft eine Niederlassung eröffnet.

Im Dezember vergangenen Jahres war das Abkommen über die Gründung der Gesellschaft veröffentlicht worden. Die Vereinbarungen sehen einen regelmässigen Dienst zwischen albanischen und chinesischen Häfen vor, aber auch den Verkehr auf anderen Routen.

Wirtschaft

Bulgarien

Riesenfelder von Erdöl

Wird Bulgarien bald zu den grössten Erdölproduzenten Europas gehören?

Die bulgarische Nachrichtenagentur BTA erwog diese Möglichkeit, als sie die Nachricht von der Entdeckung bedeutender Erdölvorkommen übermittelte.

Die bisherige Erdölproduktion des Landes hielt sich in kleinerem Rahmen. Letztes Jahr wurden 207 000 Tonnen gefördert, womit Bulgarien den elften Platz unter den Oelländern des Kontinents einnahm. Die neu entdeckten Vorkommen liegen im Raum von Pleven, unweit von Sofia und bestehen laut BTA aus qualitativ hochwertigen Oelen. Der Erste Parteisekretär Todor Schiwkoff und andere hohe Vertreter des Regimes haben letzte Woche die Fundorte besichtigt. Ungarischerseits spricht man bereits von der Grundlage zu einer grossen Erdölindustrie.

Die bereits ausgebeuteten kleineren Vorkommen befinden sich im Küstengebiet des Schwarzen Meeres, vornehmlich gegen die rumänische Grenze zu. Rumänien ist zurzeit nach der Sowjetunion der wichtigste Erdölproduzent des Ostblocks.